Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 27 (1987)

Artikel: Nationalratswahlen 1971-1983 : Widerspiegelung, Abschwächung oder Revitalisierung historischer Konfliktachsen?
Autor: Ritschard, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-172575

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rolf Ritschard

Nationalratswahlen 1971–1983: Widerspiegelung, Abschwächung oder Revitalisierung historischer Konfliktachsen?

Die Gründe für die kaum zu erschütternde politische Stabilität, Kontinuität und Legitimation des schweizerischen politischen Systems liegen - unter anderem - in einem ritualistischen Wahlverhalten, das alte, in der Vergangenheit höchst bedeutsame Konfliktachsen und -felder widerspiegelt: Im «Kulturkampf» und im «Klassenkampf» des 19. und 20. Jahrhunderts wurzeln die drei wichtigsten ideologisch-politischen Parteiungen «Bürgerliche», «Katholische» und «Linke». Diese Konfliktachsen sind in abgeschwächter Form heute noch sichtbar und werden ab und zu in bekanntem Muster reaktiviert. Daneben können jedoch auch im höchst stabilen Wahlverhalten Spuren des rapiden Wandels gesellschaftlicher Verhältnisse - allerdings nicht seiner Bedeutung gemäss - nachgewiesen werden.

Une des nombreuses raisons qui expliquent le caractère presque inébranlable de la stabilité, de la continuité et de la légitimité du système politique suisse réside dans d'aspect rituel du comportement électoral. Celui-ci reflète d'anciens domaines et lignes de conflits qui furent lourds de signification dans le passé. Le «Kulturkampf» et la lutte des classes du XIX^{e} et du XX^{e} siècles ont donné naissance aux trois principales tendances politiques: bourgeoise, catholique et de gauche. Ces conflits se manifestent encore à l'heure actuelle, même si c'est sous une forme afaiblie, et sont ranimés de temps à autre dans un modèle bien connu. Malgré cet immobilisme électoral, il est possible de déceler les traces d'une transformation rapide des conditions sociales, qui ne vont cependant pas jusqu'à en traduire la véritable importance.

1. Einleitung

In historischer Perspektive finden eidgenössische Wahlen in zwei unabhängig voneinander wirkenden Spannungsfeldern statt: in einem gesellschaftspolitischen Spannungsfeld von Konstanz und Wandel, Beharrung und Anpassung [1] einerseits und in einem staatspolitischen Spannungsfeld von sich verstärkender, stabiler und sich abschwächender Legitimation politischer Macht andererseits.

Nach der Integration der Sozialdemokraten während und nach dem Zweiten Weltkrieg gehört die politische Stabilität zu einer Konstante schweizerischer Politik, die sich auch im Wahlverhalten widerspiegelt: die Bundesratsparteien erhielten bei den Nationalratswahlen, seit Einführung der sogenannten Zauberformel im Jahre 1959, zwischen 75,6 Prozent (1971) und 85,4 Prozent (1963) aller Parteistimmen, und im Jahre 1983 konnte in 96 Prozent der Gemeinden eine der Bundesratsparteien die absolute oder relative Mehrheit erringen. Eidgenössische Wahlen repräsentieren somit sehr ausgeprägt den Pol der Konstanz und der Beharrung.

Trotzdem zeigt sich im Zeitraum von 1959 bis 1983 zwischen dem schlechtesten und dem besten Wahlergebnis ein Unterschied in der Summe der Parteistärken aller Bundesratsparteien von rund 10 Prozent. Dieser Unterschied ist im Vergleich zur Periode von 1919 bis 1959, als die SPS noch um politische Macht kämpfen musste und ab 1943 nur während relativ kurzer Zeit daran beteiligt war, nicht grösser geworden. Damals betrug die Differenz zwischen dem Minimum (mit 82,5 % der Parteistimmen im Jahre 1947) und dem Maximum (mit 92,3 % im Jahre 1931) ebenfalls rund 10 Prozent. Nach der Etablierung der politischen Machtbalance im Jahre 1959 hat jedoch die Unterstützung der an der Macht beteiligten Parteien etwas abgenommen. Konnten im Zeitraum von 1919 bis 1955 die heutigen Bundesratsparteien im Durchschnitt noch 87,1 Prozent der Wähler hinter sich scharen, beträgt der Wähleranteil in der Konkordanzdemokratie ab 1959 durchschnittlich noch 80,5 Prozent. Hinter dieser Abnahme und in der stets vorhandenen Fluktuation der Unterstützung deutet sich in Spuren ein politischer Wandel an, der möglicherweise tiefgreifender ist, als es auf den ersten Blick den Anschein macht. Allerdings zeigen diese Zahlen, dass von einer politischen Destabilisierung keine Rede sein kann. Die Legitimation der politischen Elite, die sich an der politischen Macht beteiligt, wird auch nach den Wahlen von 1987 intakt bleiben, selbst wenn die Parteistärken der Bundesratsparteien bei den kommenden Wahlen den Tiefstpunkt in

1 Zu diesem Spannungsfeld von Konstanz und Wandel auf dem Hintergrund von Wahlen und Abstimmungen in historischer Perspektive bis 1874 vgl. Rolf Nef, Wahl und Plebiszit - Politische Kultur zwischen Beharrung und Anpassung, Referat an der Studienkonferenz «Politische Kulturforschung» der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Tutzing 1987.

der beinahe 70jährigen Geschichte der Proporzwahlen auf eidgenössischer Ebene erreichen sollten. [2]

Die Desavouierung von weiten Teilen der politischen Elite durch Volksabstimmungen, wie sie sich in der Schweiz immer wieder ereignet, zum Teil mit überwältigenden Volks- und Ständemehrheiten, erschüttert die Legitimation der politischen Elite anscheinend kaum. Das jüngste Beispiel einer solchen politisch beinahe folgenlosen Desavouierung ist noch in bester Erinnerung: die Ablehnung der Abstimmungsvorlage über den Beitritt der Schweiz zur UNO vom 16. März 1986, die mit einer Volksmehrheit von 75,7 Prozent abgelehnt wurde. Auch wenn nach der UNO-Abstimmung in einigen Zeitungskommentaren über den Rücktritt des Vorstehers des Departements für auswärtige Angelegenheiten spekuliert wurde, hätte ein tatsächlicher Rückzug vermutlich zu einer grösseren staatspolitischen Krise geführt als das Verbleiben im Amt. Rücktritte und Neuwahlen von Bundesräten haben üblicherweise auf Ende des Kalenderjahres zu erfolgen und nicht aufgrund politischer Ereignisse.

Gerade diese plebiszitären Artikulationsmöglichkeiten der Stimmbürger bilden ein zentrales Element im Argumentationsmuster der Legitimationsbegründung, indem nämlich die Konfliktbewältigung zwischen Basis und allenfalls auch weiten Teilen der politischen Elite in diesen institutionellen Bereich der Plebiszite verwiesen werden kann und Abstimmungen somit immer wieder vorhandenen politischen Druck wegnehmen können. Legitimationsprobleme würden sich erst dann ergeben, wenn die politischen Lösungsvorschläge von Bundesrat und Parlament gehäuft und/oder kontinuierlich in Volksabstimmungen verworfen würden. Diese Tendenzen können jedoch für die letzten Jahre nicht bestätigt werden, im Gegenteil. Im Zeitraum von 1971 bis Juni 1986 gelangten nur 22 von 383 dem fakultativen Referendum unterliegende Vorlagen zur Abstimmung, wovon 13 vom Volke angenommen und 10 abgelehnt wurden, und von den obligatorischen Referenden wurden 43 angenommen und 12 verworfen. Problematischer für die Legitimation des gesamten politischen Systems ist der Rückzug des Bürgers vom Stimm- und Wahlgeschehen, vor allem dann, wenn sich darin eine fundamentalere Ablehnung der «klassischen» Artikulationskanäle widerspiegeln sollte. [3]

Die *erste* These dieses Aufsatzes behauptet, dass die helvetische Konstante der kaum zu erschütternden politischen Stabilität, Kontinuität und Legitimation sich u. a. aus einem ritualistischen Wahlverhalten ableiten und begründen lässt.

2 Ob die Lockerung der Parteibindung der Wähler, die in einer Studie von C. Longchamp, Direktdemokratische Einrichtungen, UNIVOX 1986, nachgewiesen wurde, sich auch in grösseren Wählerverlusten der Bundesratsparteien niederschlagen wird, wird sich erst bei den Wahlen vom Herbst 1987 erweisen.

3 Dieses recht komplexe Thema kann an dieser Stelle nicht weiter analysiert werden, vgl. dazu Leonhard Neidhart / Jean-Pierre Hoby, Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz, Zürich 1977, sowie Erich Gruner / Hans Peter Hertig, Der Stimmbürger und die «neue» Politik, Bern und Stuttgart 1983.

Dieses Wahlverhalten spiegelt alte, in der Vergangenheit höchst bedeutsame Konfliktachsen und -felder wider, die in der Gegenwart zwar ab und zu reaktiviert werden, für die Machtausübung in der gegenwärtigen «Kompromissdemokratie» jedoch von untergeordneter Bedeutung sind. Wahlen dienen damit der politischen Elite hauptsächlich als Legitimationsquelle zur Absicherung politischer Macht. Legitimation würde aber in zunehmendem Ausmass gefährdet, wenn diese sich nur noch auf ritualisiertes Verhalten, quasi als letztes Refugium, abstützen könnte und alle anderen Komponenten der Legitimationsbegründung verschwänden. Wenn also andere Bausteine der politischen Legitimation zerbröckelten (z. B. die Teilnahme des Bürgers an Wahlen und Abstimmungen überhaupt), könnte die Legitimationsbasis eines ritualisierten Wahlverhaltens kaum mehr zur Ausübung politischer Macht genügen. Deshalb ist es wichtig zu ergründen, ob hauptsächlich Ritualismus das Wahlgeschehen prägt.

Das politische System der Schweiz ist gegenwärtig weit davon entfernt, seine Legitimationsbasis schon verloren zu haben. Einige Tendenzen in den letzten Jahren und Jahrzehnten, wie z. B. sinkende Stimm- und Wahlbeteiligung[4], zunehmende ausserparlamentarische Opposition in den siebziger Jahren, die gegenwärtig nicht mehr besonders präsent erscheint, zunehmende Gefährdung der subjektiven Legitimation nationaler Staatlichkeit bei der jüngeren Alterskohorte[5] weisen jedoch in diese Richtung. Solche Prozesse können durch politische Ereignisse und gesellschaftlichen Wandel beschleunigt werden, wobei dann das ritualisierte Wahlgeschehen vielleicht wieder einmal in echte Wahl- als Machtkämpfe umschlagen könnte.

Die *zweite* These besagt, dass Spuren des rapiden gesellschaftlichen Wandels nach dem Zweiten Weltkrieg im Wahlverhalten durchaus sichtbar werden, dieser Wandel sich aber nicht seiner Bedeutung gemäss widerspiegelt. Die politisch wesentlichen Ereignisse finden nicht mehr im Zusammenhang mit den Wahlen statt, sondern im Rahmen anderer politischer Institutionen und Aktivitätsfelder.

4 Die Stimmbeteiligung hat allerdings in den letzten Jahren nicht weiter abgenommen und fluktuiert auf einem relativ tiefen Niveau sehr stark in Abhängigkeit des Themas der Abstimmungsvorlage, deren Politisierungs- und Mobilisierungskraft.

5 Die jüngeren Gruppierungen kehren sich zwar nicht radikal von wichtigen helvetischen Konstanten subjektiver politischer Kultur ab, die ein hohes Mass von Legitimation indizieren, distanzieren sich aber doch deutlich davon, vgl. dazu Hans-Peter Meier-Dallach, Konstanten und Bewegung in der subjektiven politischen Kultur der Schweiz, Referat an der Studienkonferenz «Politische Kulturforschung» der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Tutzing 1987.

2. Alte und neue politische Gegensätze

2.1 «Kulturkampf» und «Klassenkampf»

Das eigentümliche Verhältnis von konstanter politischer Legitimation und punktueller Desavouierung der politischen Elite in den letzten Jahrzehnten ist auf dem Hintergrund des gesellschaftlichen und politischen Wandels seit der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848 und den damit zusammenhängenden politischen Konflikten zu analysieren und zu interpretieren. Die drei vorherrschenden politischen Kräfte der Gegenwart können dabei als Erbe der politischen Vergangenheit betrachtet werden, wobei zwei zentrale Konfliktachsen identifiziert werden können, die im letzten Jahrhundert und in diesem Jahrhundert bis etwa zum Zweiten Weltkrieg die politischen Machtkämpfe prägten. Im 19. Jahrhundert handelte es sich um politische Machtkonflikte, die historisch unter der Bezeichnung «Kulturkampf» bekannt geworden sind und die sich bei der Gründung des Bundesstaates in einer gewaltsamen, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung, im sogenannten Sonderbundskrieg, manifestierten. Parteipolitisch verlief der Konflikt zwischen den fortschrittlichen Freisinnigen - Radikale, Liberale, Demokraten - und den konservativen Kräften der katholischen Kantone. Nach der politischen und militärischen Niederlage der Konservativen und der endgültigen Überwindung des Ancien Régime verlor der Kulturkampf nach und nach an Bedeutung. Am Ende des 19. Jahrhunderts wurden die ehemaligen politischen Gegner der freisinnigen Staatsgründer in die politische Macht und Verantwortung miteinbezogen.

Das politische Erbe des «Kulturkampfes» ist heute noch deutlich sichtbar. Die alte religionskulturelle Teilungsachse widerspiegelt sich im heutigen Wahlgeschehen auf der Ebene der Gemeinden in typischen parteipolitischen Mustern. Bei den Nationalratswahlen von 1983 kovariiert der Anteil der katholischen Wohnbevölkerung mit der Stärke der CVP/CSP in hohem Ausmass, und zwar gesamtschweizerisch und in jedem Kanton, auch in jenen, in denen die «katholischen» Parteien von geringerer Bedeutung sind (vgl. Tab. 1). Demgegenüber sind die bürgerlichen Parteien im allgemeinen[6], im besonderen jedoch die SVP, vor allem in Gemeinden mit einem hohen Anteil der protestantischen Bevölkerung stark vertreten. Die religionskulturelle Verankerung der FDP ist, über die ganze Schweiz betrachtet, heute weniger deutlich sichtbar und hat sich vermutlich im Laufe der Jahrzehnte, als Folge der Einwanderung von Arbeitskräften aus den katholischen Kantonen in städtische Gebiete, die stark protestantisch geprägt waren, deutlich abgeschwächt. Einzig in den katholischen Kantonen, den «Kulturkampfkantonen», bildet die FDP traditionsgemäss, oft

6 Meistens wird die CVP den bürgerlichen Parteien zugerechnet. Der historische Konflikt des «Kulturkampfes» rechtfertigt jedoch die in diesem Artikel verwendete Aufteilung der wichtigsten Parteien in «Bürgerliche», «Katholische» und «Linke». Der Korrelationskoeffizient zwischen den drei bürgerlichen Parteien FDP, LPS und SVP einerseits und dem Anteil der katholischen Bevölkerung andererseits beträgt im Jahre 1983 -.74.

Tabelle 1: Religionskulturelle Verankerung der Bundesratsparteien - Korrelationskoeffizienten zwischen dem Anteil der katholischen Wohnbevölkerung und den Parteistärken 1971 und 1983 (N = 2921 politische Gemeinden)

Kantone	FDP		CVP		SPS		SVP	
	1971	1983	1971	1983	1971	1983	1971	1983
Zürich	.25	.34	.52	.75	.44	.60	-.58	-.79
Bern	.55	.52	.79	.84	.14	.09	-.63	-.64
Luzern	-.28	-.23	.39	.56	-.34	-.68	-	-
Schwyz	.45	-.37	.00	.56	-.26	-.46	-	.14
Zug	-.71	-.59	.86	.77	-.78	-.65	-	-
Freiburg	-.45	-.51	.39	.60	.00	-.03	-.05	-.26
Solothurn	-.58	-.65	.75	.85	-.36	-.41	-	-
Basel-Landschaft	.23	.35	.84	.86	.07	.15	-.76	-.82
Schaffhausen	-.55	.26	.82	.78	.19	.33	-	-.59
St. Gallen	-.84	-.89	.88	.90	-.50	-.44	-	-.23
Graubünden	-.50	-.40	.82	.88	.00	-.27	-.83	-.83
Aargau	-.11	-.25	.86	.92	-.57	-.50	-.49	-.57
Thurgau	-.24	-.10	.52	.91	-.29	.00	-.18	-.69
Waadt	-.35	-.20	.65	.66	.32	.30	-.48	-.48
Wallis	-.10	-.41	.11	.46	-.06	-.27	-	-
Neuenburg	-.13	-.18	-	-	.57	.59	-	-
Genf	-.32	-.33	.64	.69	-.21	-.03	-	-
Schweiz	-.03	.04	.77	.87	-.24	-.23	-.57	-.66

zusammen mit der Linken, das antiklerikale Lager, das sich regional abbildet. Je stärker nämlich die Parteistärke der «katholischen» Parteien CVP/CSP, desto geringer ist die Stärke der FDP (und meistens auch der SPS) und umgekehrt. [7]

Die wirtschaftlich-industrielle Entwicklung am Ende des letzten und in diesem Jahrhundert führte zu scharf akzentuierten sozialen Interessengegensätzen, die sich u. a. im Kampf um die politische Macht ausdrückten. Als Gegner der bürgerlichen Parteien und der als Nationalpartei erst im Jahre 1912 gegründeten Konservativen Volkspartei trat eine weitere, starke politische Kraft in den Vordergrund: die im Jahre 1888 gegründete Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Der «Kulturkampf» wurde vom «Klassenkampf» abgelöst, der erst mit dem Aufkommen des Faschismus und den teilweise daraus folgenden Annäherungen zwischen den zuvor unversöhnlichen politischen Gegnern an Bedeutung verlor. [8]

7 In den meist deutlich «katholischen» Kantonen LU, FR, SO, SG, AG, GR, TI und VS bestehen zwischen der FDP und der CVP in allen Kantonen mit Ausnahme des Kantons AG stark negative Beziehungen ($r \geq -.50$), und in fünf Kantonen ist auch die negative Korrelation zwischen der SPS und der CVP in vergleichbarem Rahmen.

8 Der «Kulturkampf» und der «Klassenkampf» als zwei für die jüngere Geschichte der Schweiz zentrale Konfliktachsen können in den Abstimmungsergebnissen der letzten 100 Jahre empirisch nachgewiesen werden, vgl. dazu Nef 1987, a. a. O.

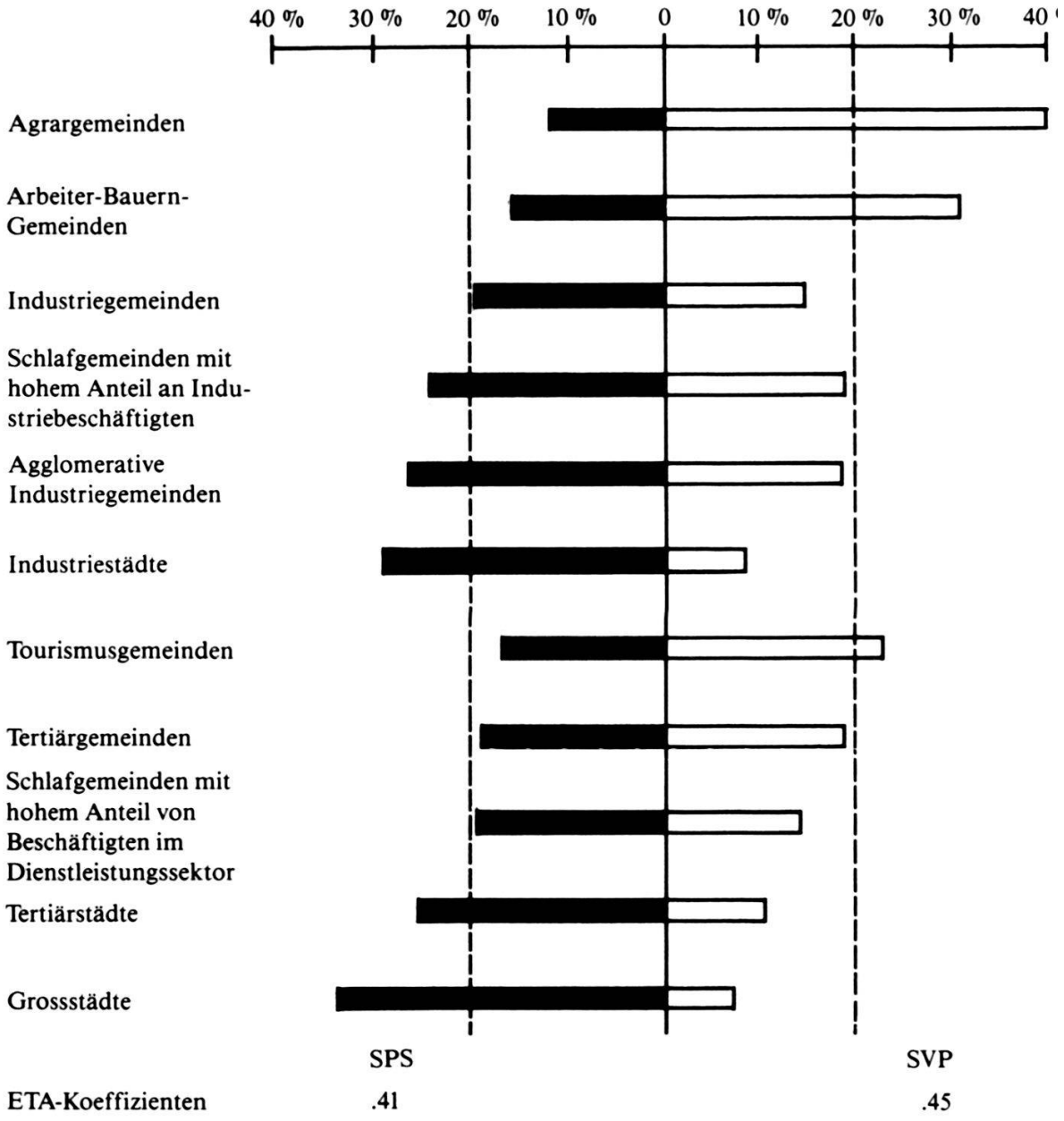
Im Gegensatz zur religionskulturellen Teilung zwischen den katholischen Parteien CVP/CSP einerseits und den bürgerlichen und linken Parteien andererseits, die sich als *regionales* Konfliktmuster erhalten hat, besteht auf der Analyseebene der Gemeinden praktisch eine Nullbeziehung zwischen dem Anteil der Linken und den bürgerlichen Parteien. Ein regionales Konfliktmuster ist also nicht sichtbar. Wichtiger ist die strukturelle Verankerung der linken Parteien, die in hoch industrialisierten und - unabhängig davon - in modernen tertiären, hochurbanen Zentren ihr Wählerpotential finden. Bei den beiden anderen grossen politisch-ideologischen Gruppierungen «Katholische» und «Bürgerliche» kann nur bei der SVP, die lediglich in 10 Kantonen einen bedeutenderen Wähleranteil mobilisieren kann, eine recht starke strukturelle Verankerung im ländlichen Raum festgestellt werden (vgl. Grafik 1).[9]

Die drei grossen politisch-ideologischen Parteiungen, die als Folge des «Kulturkampfes» und des «Klassenkampfes» entstanden sind, prägen das Wahlgeschehen auch heute noch in entscheidendem Ausmass, beträgt doch die Wahlstärke dieser Gruppierungen im Jahre 1983 84 Prozent[10], wovon die vier Bundesratsparteien mit 78 Prozent eine komfortable Mehrheit beanspruchen können. Das Wahlverhalten kann also prima vista eindeutig als Widerspiegelung historischer Konflikt- und Teilungsachsen interpretiert werden. Die Einbindung der zuvor starken Oppositionsparteien in die politische Verantwortung und Machtausübung, zunächst der Katholisch-Konservativen (Eintritt in den Bundesrat im Jahre 1892) und in einem zweiten Schritt der Sozialdemokraten (Eintritt in den Bundesrat im Jahre 1943) hat dazu geführt, dass Wahlkämpfe kaum mehr als Machtkämpfe interpretiert werden können. Diese politische Konstellation der Konkordanz, der Zauberformel und des politischen Kompromisses erzeugt, gerade weil weite Bevölkerungsteile repräsentativ an der Macht teilnehmen können, ihre Interessen in den politischen Apparat einbringen und teilweise in Kompromissentscheiden durchsetzen können, ein hohes Ausmass an Legitimation der politischen Macht.

Die äusserst stabilen politischen Verhältnisse zeigen sich im Zeitvergleich bei den Wahlen von 1971, 1975, 1979 und 1983: die Korrelationen der vier Bundesratsparteien betragen auf der Ebene der Gemeinden zwischen je zwei Wahlgängen zwischen .76 und .97, und auch bei den mittleren Parteien ist die Stabilität recht hoch. Die grössere Fluktuation bei den kleineren Parteien ist zu erwarten (vgl. Tab. 2). Diese Stabilität wirkt sich auf Möglichkeiten zur Interpretation der Veränderungen zwischen 1971 und 1983 aus: Statistisch signifikante Aussagen über Zusammenhänge zwischen Gewinnen und Verlusten der grossen Parteien einerseits und strukturellen, sozioökonomischen bzw. religionskulturellen Gegebenheiten andererseits sind gesamtschweizerisch praktisch nicht möglich. Dies bedeutet, dass Verluste bzw. Gewinne im Zeitraum von 1971 bis 1983 unspezifisch, diffus, überall bzw. als kantonale Einzelfälle stattgefunden ha-

9 Bei der FDP beträgt der Etakoeffizient, der die Beziehung zwischen Struktur und Parteistärke misst, lediglich .21 und bei der CVP .15.

10 Mit folgenden Parteien: FDP, CVP, SPS, SVP, LPS, PdA und POCH.



Grafik 1: Mittlere Parteistärke der SPS und SVP im Jahre 1983 in Gemeinden mit unterschiedlicher Beschäftigungsstruktur (in %)*

* Zur Konstruktion der Gemeindetypologie vgl. Bundesamt für Statistik, Nationalratswahlen 1985, Regionale Analyse, Statistische Hefte, Bern 1985. Die verwendete Gemeindetypologie beruht auf Arbeiten des Soziologischen Institutes der Universität Zürich (z. B. H. P. Meier-Dallbach, S. Hohermuth, R. Nef, R. Ritschard, Typen lokalregionaler Umwelten im Wandel und Profile regionalen Bewusstseins, in: M. Bassand (Hrsg.) Regionale Identität, St. Saphorin 1981.

Tabelle 2: Stabilität der Parteistärken im interkommunalen Vergleich - Korrelationskoeffizienten der Parteien zwischen je zwei Wahlgängen (N = 2921 Gemeinden)

	1979/1983	1975/1979	1971/1975	1971/1983
FDP	.90	.86	.91	.82
CVP	.97	.97	.97	.95
SPS	.88	.85	.89	.76
SVP	.94	.94	.95	.92
LdU	.79	.88	.82	.67
LPS	.86	.80	.89	.69
EVP	.85	.86	.83	.65
NA	.42	.53	.52	.17
PdA	.81	.84	.78	.74
POCH	.72	.62	.63	-
SAP	.29	.35	-	-

ben, die politisch als Sonderfälle zu interpretieren sind und (noch) nicht auf einen tiefgreifenden Verlust der traditionellen Wählerbasis hinweisen.

Deshalb ist es verständlich, dass die strukturellen Verankerungsmuster der SVP und der SPS im Zeitraum von 1971 bis 1983 äusserst konstant bleiben, gleich wie die religionskulturelle Verankerung der CVP und SVP. Allerdings zeigen die im Vergleich zu den anderen Bundesratsparteien etwas tieferen Korrelationen der SPS zwischen den Wahlgängen an, dass bei dieser Partei am ehesten ein Wandel sichtbar wird. Dass die CVP in den Agglomerationen Schwierigkeiten hat, Wähler zu mobilisieren, kann aus Tabelle 1 entnommen werden. Die grösseren Korrelationskoeffizienten zwischen dem Anteil der katholischen Wohnbevölkerung und der Parteistärke der CVP im Jahre 1983 im Vergleich zu 1971 zeigen an, dass die CVP ihren Wähleranhang zunehmend nur noch in ihren meist agrarischen Stammlanden findet.

2.2 Neue politische Gegensätze

Die Stabilität des Wahlgeschehens könnte die These nahelegen, dass die Lösung der Konflikte rund um die Gründung des Bundesstaates und die Lösung der Probleme des ökonomischen Mangels (soziale Frage) zu einer konsensualen Politik des «gütlichen Einvernehmens» und damit zu einem Ende des ideologischen Zeitalters geführt hat. [11] Das ritualisierte Muster des Wahlverhaltens

11 Dalton et al. widersprechen dieser These, die auf dem Hintergrund des gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Wandels (Studenten- und Jugendproteste, Umweltschutz, soziale Egalitätsproblematik, ethnolinguistische Konflikte, konservative Wende und neoliberale Erneuerung usw.) nicht haltbar sei. Vielmehr könne in den meisten westlichen Industrienationen eine Restrukturierung der Parteianhängerschaft und eine «neue» Politik beobachtet werden, vgl. dazu Russel J. Dalton, Paul Allen Beck, Scott C. Flanagan, Electoral Change in Advanced Industrial Democracies, in: Russel J. Dalton, Scott C. Flanagan, Paul Allen Beck (Hrsg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignement or Dealignement?, Princeton University Press 1984.

und die damit einhergehenden geringen Pendelausschläge der Parteistärken der grossen Parteien seit 1919 stützen diese These. Sie ist jedoch im Hinblick auf die jüngste Vergangenheit zu relativieren und zu differenzieren. Es ist wohl richtig zu behaupten, dass Wahlen (nicht mehr) *die* Plattform wesentlicher politischer Auseinandersetzungen sind, die heutzutage anderswo stattfinden, ausserhalb des Parlamentes einerseits (als ausserparlamentarische Opposition) und mitten im politischen Entscheidungszentrum andererseits. [12] Der Bedeutungsverlust von Politik ganz allgemein hat jedoch schon früh ein Gefühl des «Unbehagens im Kleinstaat» ausgelöst, das sich gegenwärtig immer deutlicher bemerkbar macht. Spuren dieser Zeitdiagnose sind auch im Wahlverhalten sichtbar:

a) Rückzug vom Wahlgeschehen

Die Wahlbeteiligung hat seit 1919 mehr oder weniger kontinuierlich abgenommen. Bemühten sich im Jahre 1919 noch über 80,4 Prozent der Stimmbürger an die Urne, betrug die Wahlbeteiligung im Jahre 1983 48,9 Prozent. Die sinkende Wahlbeteiligung seit 1947 (72,4 %) erreichte ihren tiefsten Punkt im Jahre 1979 mit 48 Prozent. Ob allerdings der bescheidene Zuwachs zwischen 1979 und 1983 eine grundlegende Trendwende signalisiert, werden erst die Wahlen vom Herbst 1987 andeutungsweise zeigen.

Die Interpretation der rückläufigen Stimm- und Wahlbeteiligung ist oft politisch motiviert: einige sehen darin eine zusätzliche Legitimation der politischen Elite, da die Zufriedenheit der Nicht-Wähler die Wahlabstinenz verursache. Für die anderen Interpretatoren zeigen sich demgegenüber gerade in der sinkenden Stimm- und Wahlbeteiligung Legitimationsprobleme des Staates.

Manchmal ist die Erklärung für die tiefe Wahlbeteiligung in einzelnen Kantonen jedoch viel einfacher: Die Wahlergebnisse stehen vor allem in kleineren Proporzkantonen und in den Majorzkantonen oft schon vor den Wahlen fest, da sich nämlich nur jene Parteien an den Wahlen beteiligen, die ein sicheres Mandat erhalten, oder die zusätzlich kandidierenden Parteien sind praktisch ohne Chancen. Ab und zu finden denn auch sogenannte «Stille Wahlen» statt. Von Wahlkämpfen kann in solchen Situationen kaum gesprochen werden, der ritualistische Charakter der Wahlen ist in diesen Kantonen offensichtlich und die tiefe Wahlbeteiligung nicht verwunderlich.

Allerdings ist der gesamtschweizerische Rückgang der Wahlbeteiligung eine nicht zu leugnende Tatsache, die weitergehender Analyse bedarf. Die Motivlage der Nicht-Urnengänger wird ansatzweise in der VOX-Analyse bei den Wah-

12 Zur Scherenbewegung zwischen traditionellen und weniger traditionellen Formen politischer Aktivität vgl. Hanspeter Kriesi, René Levy, Gilbert Ganguillet, Heinz Zwicky (Hrsg.), Politische Aktivierung in der Schweiz, 1945–1978, Diessenhofen 1981. Kriesi hat auch die Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik detailliert analysiert, vgl. dazu Hanspeter Kriesi, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik, Frankfurt 1980.

len von 1983 untersucht.[13] Diese Ergebnisse lassen den (vorsichtigen) Schluss zu, dass die tiefe Wahlbeteiligung u. a. als Indikator für Legitimationsdefizite zu betrachten ist: politisches Desinteresse (31 % der Nennungen), politische Resignation (23 %) und sachliche Überforderung (9 %) der Stimmbürger können nur teilweise als Motive der politischen Zufriedenheit interpretiert werden.

b) Regruppierungen der Parteianhänger und interne Flügelkämpfe und Spaltungen

Auch wenn das Wahlverhalten in der Schweiz beinahe als ritualistischer Reflex der Vergangenheit erscheint und die Veränderungen der Parteistärken sich kaum je als «Erdrutsche» bemerkbar machen, gehen der gesellschaftliche Wandel und die daraus folgenden «neuen» sozialen und politischen Konflikte und Teilungen[14] nicht völlig spurlos am Wahlgeschehen vorbei. Die wirtschaftlich-technologische Entwicklung hat u. a. Veränderungen im sozialen Schichtgefüge bewirkt, die die grossen Parteien dazu zwingt, ihre Parteiprogramme anzupassen und neu entstehende Wählerschichten anzusprechen.[15]

Die Sozialdemokratische Partei beispielsweise, die - neben ihrer starken Verankerung in den Grossstädten - strukturell besonders ausgeprägt in industriellen Regionen vertreten ist, verliert mit der zunehmenden Tertiarisierung der Ökonomie ihre traditionelle Wählerbasis. Die mehr oder weniger ausschliessliche Zentrierung linker Politik auf die «alte» soziale Frage würde auf dem Hintergrund der sich rasch verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse kaum genügen und den Bedeutungsverlust der Linken beschleunigen. Interessant ist nun die Beobachtung, dass das Wahlverhalten nicht nur als Widerspiegelung der «alten» Konfliktachse betrachtet werden kann, auch wenn diese Konfliktdimension nach wie vor eine grosse Rolle spielt.[16] Die soziale Frage wird auf einer «neuen» Ebene reaktiviert und zum Teil recht widersprüchlich kompliziert. Die neue Konfliktlinie verläuft nicht mehr zentral zwischen der (heute sozial integrierten) Arbeiterklasse und dem Bürgertum, sondern unter den Bedingungen einer (zunehmend?) dual werdenden Gesellschaft eher zwischen den sozial Integrierten und den «Randgruppen» mit geringen politischen Artikulationschancen, deren Anliegen ansatzweise von der SPS ins politische System trans-

13 Weiterführende Untersuchungen zu den Motiven der Nicht-Urnengänger und den sporadischen Urnengängern wären notwendig, damit differenziertere Ergebnisse und tiefgreifendere Erkenntnisse über die Ursachen des politischen Desinteresses erhältlich wären.

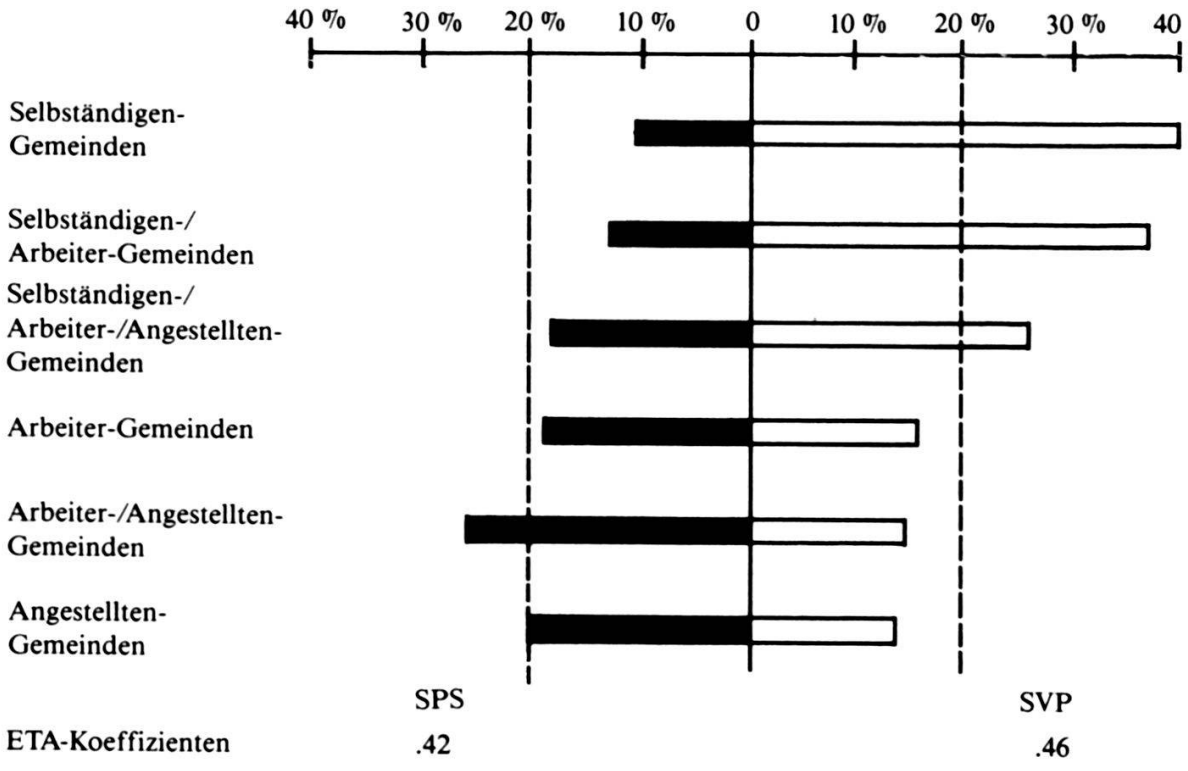
14 Vgl. dazu Peter Gilg / Peter Hablützel, Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel und Frankfurt am Main 1986.

15 Zum Thema der Parteien im Umbruch, der neuen Bewegungen und dem institutionellen Wandel vgl. das «Schweizerische Jahrbuch für Politische Wissenschaft» 1986, Politische Parteien und neue Bewegungen, Bern 1986.

16 Vgl. Rolf Nef / Rolf Ritschard, Structural Cleavages, Cultural Fragmentation and Referenda-Behaviour in Switzerland 1970–1984, Paper presented at the XIIIth IPSA World Congress, Paris 1985, sowie Nef 1987, a. a. O.

feriert werden (Stichwort «neue» Armut z. B.). Solche «neuen» sozialen Teilungen, deren Bedeutung nach dem Zweiten Weltkrieg zugenommen hat, und die daraus folgende Politik, wie z. B. Jugend- und Frauenpolitik, können zu innerparteilichen Konflikten führen. Die innerparteilichen Spannungsfelder Etatismus vs. Antietatismus, konservativer Bewahrung sozialer Errungenschaften vs. fortschrittlichen Lösungen anstehender politischer Probleme haben auch schon zu Parteispaltungen geführt, die vor dem Zweiten Weltkrieg eher als Folge des Streites um die Radikalität politischer Lösungsvorschläge entstanden sind. Diese Konflikte bilden sich teilweise strukturell ab, indem nämlich die SPS in Arbeitergemeinden, wo die Arbeiter mit einem Anteil von über 50 Prozent an allen Beschäftigten die bedeutendste soziale Schicht darstellen, weniger stark verankert ist als in Arbeiter-/Angestelltengemeinden mit einer sozial gemischten Schichtstruktur oder in Angestelltengemeinden mit einem besonders hohen Anteil der Angestellten (vgl. Grafik 2).

Es scheint, dass die SPS den gesellschaftlichen Wandel gegenwärtig am radikalsten spürt. Aber auch die drei anderen Bundesratsparteien sind mit ähnlichen Entwicklungen konfrontiert. Die SVP mit einer starken Verankerung im agrarisch-gewerblichen Umfeld (vgl. Grafik 2) versucht schon seit längerer



Grafik 2: Mittlere Parteistärke der SPS und SVP im Jahre 1983 in Gemeinden mit unterschiedlicher Schichtstruktur (in %)*

* Zur Konstruktion der Gemeindetypologie vgl. Bundesamt für Statistik, Nationalratswahlen 1985, Regionale Analyse, Statistische Hefte, Bern 1985. Die verwendete Gemeindetypologie beruht auf Arbeiten des Soziologischen Institutes der Universität Zürich (z. B. H. P. Meier-Dallach, S. Hohermuth, R. Nef, R. Ritschard, Typen lokalregionaler Umwelten im Wandel und Profile regionalen Bewusstseins, in: M. Bassand (Hrsg.), Regionale Identität, St. Saphorin).

Zeit, neue Wählerschichten anzusprechen, da ihre traditionelle Wählerbasis (Bauern, Gewerbe) kleiner wird. An der Oberfläche sichtbar wird solche Bemühung in der Umbenennung der Partei, die sich früher Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei nannte. Die Spannungen zwischen einem eher konservativen, ländlichen Flügel und einem eher für neue Wählerschichten attraktiven, fortschrittlicheren Parteiprogramm haben allerdings noch kaum zu unüberbrückbaren Interessengegensätzen geführt, obwohl die innerparteilichen Auseinandersetzungen in jüngster Zeit vermehrt in der Öffentlichkeit sichtbar geworden sind.

Die CVP kann sich heute nicht mehr nur auf die Wählerbasis in den katholischen Stammlanden abstützen. Die Abwanderung vieler Arbeitskräfte aus den katholischen Randregionen hat dazu geführt, dass die CVP ihr Wählerpotential vermehrt in den städtischen, früher protestantischen Kantonen findet. Die Interessenlage und die ideologische Distanz zwischen ihren Wählerschichten, die sich mit dem «Arbeitnehmerflügel» der Partei identifizieren bzw. in der CSP politisch organisiert sind, und den «alten», konservativen politischen Strömungen in dieser Partei, sind manchmal beträchtlich. Die Existenz eines starken «Wirtschaftsflügels» trägt zudem zur sozialen Heterogenität dieser Partei bei und erschwert eine kohärente Politik zusätzlich. Die konservative Wende schliesslich hat das Spannungsfeld zwischen einer vorsichtig sich öffnenden Partei und einer höchst konservativen, eher fundamental-religiös orientierten Politik akzentuiert. Die «alte», religionskulturelle Teilungsachse könnte in Zukunft wieder an Bedeutung gewinnen, falls die Konflikte zwischen (religiösem) Konservatismus und Modernität auch innerhalb der Partei zunehmen. [17]

Die gesellschaftliche Entwicklung hat auch bei der «Gründerpartei» des Bundesstaates, den Freisinnigen, ihre Spuren hinterlassen. Im Zentrum der Konflikte steht dabei die wirtschaftliche Weiterentwicklung, die auf dem Hintergrund der ökologischen Bewältigung ökonomischer Folgekosten zu Parteiaustritten, insbesondere von Frauen, geführt hat. Schliesslich steht die Neudefinition des Liberalismus zur Diskussion. Besonderen Zündstoff dürfte das Verhältnis von «Reagonomics», «Atomstaat» und bürgerlichen Freiheitsrechten bieten und zu (noch wenig sichtbaren) innerparteilichen Spannungen führen, die eher unter dem umgekehrten Motto «Mehr Staat, weniger Freiheit» zu

17 Die sporadische Reaktivierung der religionskulturellen Teilungsachse kann in der jüngsten Abstimmungsgeschichte immer wieder nachgewiesen werden, vgl. z. B. Rolf Nef / Rolf Ritschard, Strukturelle und kulturelle Determinanten von Abstimmungsverhalten - ein empirischer Test, in: Sonderbulletin zur Jurafrage, Soziologisches Institut der Universität Zürich, 1978. In diesem Artikel wird die immer noch vorhandene Bedeutung der religionskulturellen Differenzierungsachse für die kulturelle Zentralismus-Föderalismus-Problematik anhand der Jura-Abstimmung sowie des Jesuiten- und Klosterartikels diskutiert. Vgl. dazu auch Rolf Nef, Gescheiterter Kreuzzug gegen die Moderne? Eine Statistische Analyse der Bundesabstimmungen «Recht auf Leben» und «Fristenlösung» auf der Basis von 1655 Gemeinden, Pressetext, Soziologisches Institut der Universität Zürich, 13. Juni 1985.

diskutieren wären. Die neoliberale Wende hat die «alte» Frage nach dem liberalen und freiheitlichen Staat erneut scharf akzentuiert und reaktiviert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Parteianhängerschaft sozial wie ideologisch einem kontinuierlichen und in letzter Zeit eher beschleunigten Wandel unterworfen ist und dass neue politische Issues vermehrt quer durch alle Parteien hindurch verlaufen. [18] Die neue Qualität dieser Konfliktlinien liegt u. a. darin, dass heutzutage vermehrt ideologische Allianzen zwischen Flügeln unterschiedlicher Parteien sichtbar werden, die früher praktisch kaum möglich gewesen wären, oder dass politische Issues von einer Partei zur anderen wechseln, die in der Vergangenheit klar einer Partei zugeordnet werden konnten. [19] Früher haben sich die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Radikalität und die Wege zur Erreichung der politischen Ziele gedreht; heute sind die innerparteilichen Gegensätze in bestimmten politischen Fragen grundlegend grösser geworden.

c) Neue Parteien

Vielleicht hat die Erstarrung im Kartell der politischen Machtverwaltung und -verantwortung, u. a. als Folge der Konkordanzdemokratie seit 1959, die Absorptionsfähigkeit des politischen Apparates zur Lösung drängender und aktueller politischer Probleme mitbeeinträchtigt, da die Bundesratsparteien unter den Bedingungen der Kompromissfindung gezwungen werden, eine Politik mit dem grössten (oder kleinsten) gemeinsamen Nenner durchzuführen. Die Bundesratsparteien sind damit nicht oder nur bedingt in der Lage, wesentliche politische Impulse von den oppositionellen, kaum an der Macht beteiligten Rändern in der eigenen Partei aufzunehmen und in entsprechende Politik umzusetzen. Obwohl in der semidirekten, plebiszitären Demokratieform der Schweiz jede Bundesratspartei eigentlich Oppositionspartei sein kann und ab und zu auch ist, wird das in diesen Parteien vorhandene Wandlungspotential nur ungenügend ausgeschöpft und gelangt kaum ins Zentrum politischer Entscheidungsprozesse. Dies hat zu einem Bedeutungsverlust der Parteien geführt.

Ob allerdings die Problemlösungs- und Steuerungskapazität anderer demokratischer Systeme (wie z. B. in der BRD, in England, in Frankreich oder in den USA) grösser und gerade auf diese andere Form zurückzuführen ist, muss bezweifelt, kann an dieser Stelle jedoch nicht weiter erörtert werden. Auf jeden Fall zeigt die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, dass mit dem wirtschaftlichen Wachstum in der Schweiz neue politische Issues entstanden sind, die von den traditionellen Parteien entweder zu spät erkannt, zu wenig gründ-

18 Heute vielleicht am deutlichsten sichtbar an der «Begrünung» (Nef 1987, a. a. O.) aller Parteien und den daraus resultierenden politischen Auseinandersetzungen zwischen «Realpolitikern» und «Idealisten».

19 Das politische Issue der bürgerlichen Freiheitsrechte, das von der SPS in den Zeiten des «Klassenkampfes» als «Freiheiten der Bourgeoisie» bekämpft wurde, wird heute von Teilen dieser Partei auf dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung mit Nachdruck vertreten.

lich analysiert, politisch als quantité négligeable betrachtet und deshalb verschleppt oder für die politisch keine überzeugenden Lösungsansätze entwickelt wurden. Zu diesen «neuen» politischen Issues gehören vor allem drei politische Problemkreise, die in den letzten Jahren teilweise zuoberst auf der politischen Traktandenliste gestanden sind: Neu ins Bewusstsein rückende und politisch als zentral erachtete soziale Teilungen und reale Deprivationen (Jugend, Frauen, Randgruppen, Dritte Welt u. a.), die Ausländerfrage und die Umweltproblematik. Je eher nun die traditionellen, grossen, an der politischen Macht beteiligten Parteien bzw. ihre Machtträger nicht auf die neuen Anforderungen reagieren (können), [20] desto wahrscheinlicher werden Neugründungen von Parteien und politischen Gruppierungen, die sich an den Wahlen beteiligen. Die Eintrittsbedingungen ins Parlament sind für diese Neuen allerdings faktisch äusserst restriktiv, obwohl in der Schweiz formal-rechtlich keine Parteistärkenquote erreicht sein muss, um im Parlament ein Mandat zu erhalten. [21] Nur in den grösseren Kantonen haben die Kandidaten kleinerer Parteien Chancen, gewählt zu werden. Im Kanton Zürich beispielsweise mit 35 Mandaten genügen rund 3 Prozent der Wähler zum Gewinn eines Mandates. In der Mehrzahl der Kantone ist das Quorum aber bedeutend höher. Im Kanton Schwyz benötigt eine Partei rund ⅓ der Stimmen, um im Parlament Einsitz nehmen zu können. Deshalb erstaunt es nicht, dass neu gegründete Parteien nur in den grösseren Kantonen an den Wahlen teilnehmen und kaum im Parlament vertreten sind, obwohl ihr Wählerpotential grösser zu vermuten ist.

Die neuen politischen Issues haben in der jüngsten Vergangenheit zu Neugründungen von mehr oder weniger oppositionellen Parteien geführt (Progressive Organisationen der Schweiz, Nationale Aktion [in den siebziger Jahren zusammen mit den Republikanern] und die Grüne Partei der Schweiz), die ab 1967 auch im Parlament vertreten sind. Wie jedoch die Geschichte zeigt, verschwinden one-issue-orientierte Parteien wieder von der Bildfläche, wenn das Thema von der politischen Traktandenliste gestrichen wird, wenn die traditionellen Parteien das Thema schliesslich doch noch in ihre Politik integrieren, oder wenn es den neuen Parteien nicht gelingt, ihre Politik zu verallgemeinern und von der «Gründungsthematik» zu lösen. Von den älteren kleinen Parteien sind der Landesring der Unabhängigen, die Evangelische Volkspartei und die Partei der Arbeit die einzigen Parteien, die sich über längere Zeit behaupten konnten, wobei der Krebsgang der PdA in den Wahlen von 1983 offensichtlich geworden ist. [22] Die Kontinuität der Neugründungen (POCH, NA und GPS) wird sich erst in der Zukunft erweisen. Die Neuorientierung (und teilweise Fixierung) der POCH auf die «grüne Welle» kann sich langfristig als Bumerang erweisen.

20 Diese These wird von Dalton et al., a. a. O., vertreten und begründet.

21 Vgl. dazu Nef 1987, a. a. O.

22 Die Gründe liegen vermutlich im Image der Partei, die «alte» soziale Frage antiquiert zu perpetuieren oder an der dogmatischen ideologischen Orientierung und Bindung der Partei, die es verpasst hat, sich zu erneuern.

Die Ausländerfrage, die Umweltpolitik und die Problematik der neuen sozialen Teilungen sind vor allem in städtischen Räumen präsent. Deshalb sind die neu gegründeten Parteien im Jahre 1983 in den Gemeinden mit einem hohen Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor und der Angestellten, zusammen mit der «alten» Oppositionspartei LdU, besonders stark vertreten, wobei der städtische Charakter der NA sich erst im Laufe der Zeit herausbildete. Im Jahre 1971 konnte kein spezifisches Verankerungsmuster bei dieser Partei festgestellt werden. Dies deutet an, dass sich die Anhängerschaft dieser Partei gewandelt hat, was beispielsweise im Panaschierverhalten der Wähler nachgewiesen werden kann. [23]

3. Schlussfolgerung

Eidgenössische Wahlen können im Fadenkreuz von Konstanz und Wandel einerseits und von Legitimationsprozessen andererseits eindeutig auf den Polen «Konstanz» und «Legitimation» angesiedelt werden. Da Wahlkämpfe seit 1959 nur noch bedingt als politische Machtkämpfe interpretiert werden können – schliesslich sind im Prinzip 8 von 10 Wählern repräsentativ an der Macht beteiligt –, haben Wahlen eindeutig an Bedeutung verloren.

Der ritualistische Charakter des Wahlverhaltens kommt darin zum Ausdruck, dass die heutigen Bundesratsparteien seit 1919 konstant die meisten Wähler mobilisieren können und das Wahlverhalten im interkommunalen Vergleich im Zeitraum von 1971 bis 1983 äusserst stabil bleibt. Die politisch wichtigen Steuerungs- und Entscheidungsprozesse sind heute nicht mehr im Wahlgeschehen zu verorten. Diese finden eher in der plebiszitären Artikulationskultur von Abstimmungen, in bedeutenderem Ausmass jedoch im Zentrum der politischen Macht, der neokorporatistischen Verhandlungsdemokratie und im ausserparlamentarischen Feld sozialer und politischer Bewegungen statt. Rückzug von und Desinteresse an den Wahlen sind damit vorprogrammiert.

Die Wahlen sind deshalb in zunehmendem Masse zu einer ritualistischen Widerspiegelung historischer Konflikte zwischen den drei wichtigen ideologisch-politischen Parteiungen «Bürgerliche», «Katholische» und «Linke» geworden, die abgeschwächt als «Kulturkampf» und «Klassenkampf» heute noch fortbestehen und ab und zu in bekanntem Muster reaktiviert werden. Spuren des rapiden Wandels gesellschaftlicher Verhältnisse sind aber im Wahlgeschehen trotzdem sichtbar. Die Parteianhängerschaften wandeln sich, die Bindungen der Wähler zu ihren Parteien werden schwächer, neue Parteien sind nun schon seit längerer Zeit im Parlament vertreten, und die traditionellen, grossen Parteien sind gezwungen, neue, auch innerparteilich hochbrisante politische Issues, die teilweise quer zu den bekannten parteipolitischen Konfrontationslinien verlaufen, aufzunehmen und zu verarbeiten. Wahlen könnten in Zukunft wieder et-

23 Vgl. dazu Bundesamt für Statistik, Nationalratswahlen 1983, Panaschierstatistik aus zwölf Kantonen, Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft 124, Bern 1984.

was spannender werden. Die jüngsten kantonalen Wahlen, bei denen die Grünen für schweizerische Verhältnisse äusserst markante Fortschritte gemacht haben, weisen in diese Richtung. Allerdings ist die längerfristige Kontinuität und Präsenz der Grünen in den Parlamenten in starkem Ausmass abhängig von der organisatorischen Konsolidierung als Partei (oder Bewegung?) und der Verallgemeinerung ihrer Politik. Wesentlich verknüpft ist die Glaubwürdigkeit dieser neuen politischen Kraft mit der Ausgestaltung ihres Institutionalisierungsprozesses. Alte politische Thematiken wie Liberalismus, soziale Gleichheit, Sozialstaat, das Verhältnis von Staat und Religion, die Ordnung des Staates (Föderalismus u. a.), aber auch moralische politische Werte und politische Perspektiven für die Zukunft bleiben auf dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels auf jeden Fall aktuell und müssen auf einer neuen zivilisatorischen Stufe weiterentwickelt, neu definiert, diskutiert und mit neuen politischen Inhalten und Lösungskonzepten angereichert werden.

Solange der «helvetische Sockel» der politischen Legitimation, der bekanntlich nicht nur aus dem Wahlgeschehen besteht, innerstaatlich so solide dasteht und nur in feinen, aber vielleicht bedeutsamen Haarrissen der Patina etwas schwindende Legitimation sichtbar wird, solange ist ritualistisches Wahlverhalten eine Legitimationsquelle politischer Machtentfaltung und Entscheidungsprozesse ersten Ranges, ohne dass die grundlegenden politischen Probleme der Gegenwart und der Zukunft aufgegriffen, diskutiert und einer praktikablen Lösung zugeführt werden müssten. Wahlen (und damit Wahlkämpfe) stellen im gegenwärtigen Zeitpunkt «formale Hülsen» von politischen Aktivitäten dar, die wenig über stattfindende politische Machtkämpfe und über das reale politische Geschehen ganz allgemein aussagen. Die politischen Konflikte und Auseinandersetzungen finden anderswo statt, u. a. im institutionellen Rahmen von Plebisziten, in den Parteien selbst und im Bundesrat, im Parlament und in den ständigen und nichtständigen Kommissionen, ab und zu in der politischen Auseinandersetzung mit der ausserparlamentarischen Opposition. Die Akzeleration der gesellschaftlichen Entwicklung lässt jedoch vermuten, dass vielleicht in der näheren Zukunft politisch Entscheidendes passieren wird, vielleicht auch bei den Nationalratswahlen.